

## „Kleine Lösung für 15 Kinder ist vom Tisch“

Ministerium stimmt Kindergartenbau für Behördenzentrum zu / Finanzierung unklar

röd. In die Verhandlungen um einen Kindergarten auf dem landeseigenen Gelände des Behördenzentrums Gutleutkaserne ist offenbar Bewegung gekommen. In einem Brief an das Schuldezernat der Stadt Frankfurt hat Finanzstaatssekretär Claus Demke Ende Januar ein neues Angebot unterbreitet. Danach ist das Finanzministerium, das als Bauherr für das Behördenzentrum auftritt, bereit, der Stadt oder einem freien Träger kostenlos ein Grundstück für einen Kindergarten auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne zur Verfügung zu stellen, der bis zu 50 Kinder aufnehmen könnte.

Wie der persönliche Referent von Schuldezernentin Jutta Ebeling (Die Grünen), Thomas Stryck, bestätigte, will das Ministerium von sich aus einen Betrag in Höhe von zwei Millionen Mark für die Baukosten zuschießen, wenn ein freier Träger oder die Stadt den Kindergartenbetrieb übernehme. Schließlich will sich die Landesbehörde eine noch unbestimmte Zahl von Belegungsplätzen für die Kinder von Behördenmitarbeitern garantieren lassen und außer dem Kindergartenhaus keine weitere Einrichtung für Kinder in dem Zentrum bauen.

Bisher hatte sich das Ministerium lediglich einverstanden erklärt, einige Räume für die Betreuung von etwa 15 Kindern

herrichten zu lassen. Nach einem Gespräch mit Personalräten, einem Vertreter des Stadtschulamts und dem Geschäftsführer der „Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung“, Michael Burbach, habe der Staatssekretär gesagt, die „Idee mit den 15 Kindern ist vom Tisch“, teilte Burbach auf Anfrage mit. Nach seinen Schätzungen würde ein Neubau etwa dreieinhalb bis vier Millionen Mark kosten. Die Idee der Architekten des Behördenzentrums, das Kinderhaus halb unter der Erde in die Verwaltungsbauten zu integrieren, habe man wieder fallenlassen, sagte der Geschäftsführer, dessen Gesellschaft mittlerweile mehr als 40 Kindereinrichtungen freier Träger in Frankfurt vertritt.

Man habe dem Staatssekretär bedeutet, ein Haus für weniger als 30 Kinder habe gar keinen Zweck, erläuterte Burbach. Allerdings habe Demke zum Zeitpunkt des Gesprächs zur Finanzierung des Kindergartens noch nichts sagen wollen. Unter den Beteiligten scheint kein Zweifel zu bestehen, daß Burbachs Gesellschaft die Trägerschaft des Betriebskindergartens übernehmen wird, sobald man sich über die finanziellen Modalitäten einig ist. Geplant sei, altersübergreifende Gruppen mit Ein- bis Vierjährigen einzurichten. Er trete dafür ein, die fünf und sechs Jahre

alten Kinder eher in der Umgebung der Wohnorte betreuen zu lassen, sagte Burbach.

Noch ist nicht entschieden, wie die Stadt auf das Angebot des Ministeriums reagieren wird. In einer ersten Stellungnahme begrüßte Ebeling-Referent Stryck zwar die von Wiesbaden signalisierte Zahlungsbereitschaft. Er kritisierte aber, daß sich das Land eine Belegungsgarantie ausbedungen habe. Außerdem wolle es sich mit der einmaligen Zahlung aus jeglicher weiterer Verantwortung verabschieden. Die Stadt sei nur bereit, sich finanziell zu engagieren, wenn auch Kinder aus dem Gutleutviertel in die Einrichtung aufgenommen würden. Man wolle nicht für einen reinen Betriebskindergarten bezahlen.

Für den Fall, daß das Ministerium hier Entgegenkommen zeigen sollte, stellte Stryck in Aussicht, daß der freie Träger städtische Zuschüsse aus dem Kinder- sofortprogramm erwarten könne. Ferner werde das Sozialministerium helfen, und die Stadt werde unter Umständen einen weiteren Betrag zuschießen. Fraglich ist allerdings noch, ob die von der rot-grünen Koalition gestellten Nachfolger von Finanzminister Manfred Kanther (CDU) und seinem Staatssekretär Demke deren Konzept folgen werden.